

„Wir machen mit dem EEG Industriepolitik“

Was der SPD-Umweltpolitiker Ulrich Kelber von der anstehenden EEG-Novelle erwartet.

NEUE ENERGIE: Bei der Vorbereitung für die Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) hat sich die SPD-Bundestagsfraktion mit Eckpunkten bislang auffallend zugehalten. Wie sehen Ihre Positionen aus?

Ulrich Kelber: Erstens: Es darf keinen Abbruch beim Installationsvolumen geben, bei keinem erneuerbaren Energieträger. Sonst verlieren wir sofort Weltmarktanteile. Mit dem EEG machen wir doch mittlerweile längst Industriepolitik. Zweitens: Wir wollen einen deutlichen Zuwachs bei den Ökoenergien, deshalb sind Parameter wie Vergütungshöhen oder Degressionen äußerst wichtig.

NE: Jetzt wird es spannend.

Kelber: Meines Erachtens sollte das EEG nicht komplizierter werden, sprich Sonderregelungen für bestimmte Standorte ...

NE: ... was nichts anderes als eine Absage an eine strahlungsabhängige Vergütung für die Photovoltaik bedeutet?

Kelber: Ich habe durchaus Sympathien für diese Differenzierung. Das könnte aber einen Dammbbruch bedeuten, der weitere Verbände und auch die Gegner des EEG auf den Plan brächte.

NE: Wie soll die künftige Windstrom-Vergütung aussehen?

Kelber: Zwei Punkte sind mir wichtig: Es soll auch künftig eine Förderung an windschwächeren Standorten geben. Verbesserte Technik und große Nabenhöhen ermöglichen wirtschaftliche Windnutzung auch im Binnenland. Dank der verbesserten Technik sollten wir meines Erachtens aber auch die Stärke des EEG ausspielen: Die heutige Degression von 1,5 Prozent für Neuanlagen ist berechnet worden bei

einer Inflationsrate von zwei bis drei Prozent, zu der es aber nicht gekommen ist. Ich halte es deshalb für ratsam, die künftigen Vergütungen auch bei einer Degression von zwei Prozent durchrechnen zu lassen, um den Innovationsfortschritt des EEG deutlich zu machen.

NE: Wird das insbesondere Ihre Kollegen aus der Landesgruppe NRW überzeugen, in der viele Kritiker des EEG sitzen?

Kelber: Davon gehe ich aus. Der Höhepunkt der EEG-Förderung noch in diesem Jahrzehnt ist doch absehbar, spätestens 2020 ist Ökostrom in der Regel billiger als konventioneller Strom. Wir schaffen nachhaltige Arbeitsplätze, insbesondere für den Export. Den Beitrag für den Klimaschutz will ich gar nicht erwähnen. Was will ich eigentlich sonst noch von einem Gesetz erwarten?

NE: Warum fällt der NRW-SPD dennoch der Abschied von der Kohle so schwer? Das Düsseldorfer Signal als Abschluss nach der rot-grünen Koalitionskrise in Nordrhein-Westfalen war keine energiepolitische Erleuchtung.

Kelber: Die letztendlichen Vereinbarungen gingen dann ja über die bis dahin vorliegenden Entwürfe hinaus. Unabhängig davon halte ich es für wichtig, dass wir weiter mit NRW-Kraftwerks- und -Bergbautechnologie auf dem Weltmarkt führend bleiben. Wenn NRW aber langfristig Energieland Nummer Eins bleiben will, müssen die Voraus-

setzungen geschaffen werden, dass wir künftig immer mehr Geld mit erneuerbaren Energien verdienen.

NE: Aus den Reihen der Union gibt es unüberhörbare Stimmen, die für eine Zustimmung zum EEG eine deutlich höhere Vergütung für die Biomasse fordern. Sehen Sie da einen Konflikt?

Kelber: Die verstärkte Nutzung der Biomasse ist nicht schnell genug angelaufen. Für kleinere Anlagen eine höhere Vergütung zu gewähren, ist deshalb sinnvoll. Wenn dann außerdem die Union dem EEG zustimmen würde, ist allein dieses Signal schon den Preis wert, weil größere Investitionssicherheit entsteht, wenn es breite Mehrheiten im Parlament gibt.

Interview: Ralf Köpke



Foto: Abgeordnetenbüro Kelber

„Wenn die Union dem EEG zustimmt, entsteht größere Investitionssicherheit.“

Ulrich Kelber, Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Unterausschusses